

Europäische Universitäten sind im Trend – doch Basel droht Verlust von Forschungsgeldern

Peter Schenk 17.5.2018



Vorlesung in der Uni Basel. Obwohl die Stadt mitten in Europa liegt, könnte sie der Definition für eine Europäische Uni nicht genügen.

© Juri Junkov

Weil die Schweiz nicht zur EU gehört und auch nicht beim Förderprogramm für Mobilität Erasmus+ mitmacht, könnte die Uni Basel den Zugang zu EU-Forschungsgeldern verlieren. Und das, obwohl die Kooperation der Unis am Oberrhein schon seit 1989 besteht.

Seitdem der französische Präsident Emmanuel Macron bis 2024 die Schaffung von zwanzig europäischen Universitäten gefordert hat, liegt die internationale Hochschul-Kooperation im Trend. Am Oberrhein haben sich die fünf Universitäten von Basel, Strassburg, Mulhouse, Freiburg im Breisgau und Karlsruhe bereits vor zwei Jahren in der Struktur European Campus zusammengeschlossen.

Gelobt hat das erstmals auch Angela Merkel in ihrer Rede am 10. Mai anlässlich der Verleihung des Internationales Karlspreises an Macron. Unter dem Namen Eucor kooperieren die Unis sogar schon seit 1989. Statt Vorbild für ganz Europa zu sein, könnte der Vorsprung aber bald wieder schrumpfen – zumindest was die Uni Basel betrifft.

Der Grund dafür liegt in Brüssel. Voraussichtlich bis Herbst soll die EU-Kommission klären, was sie unter einer Europäischen Universität versteht. Laut aktuellen Überlegungen kann eine «European University Alliance» nur aus Ländern geschaffen werden, die sich am Programm Erasmus+ beteiligen. Ausserdem müsste eine Europäische Universität mindestens aus drei EU-Staaten bestehen. Bei Erasmus+ geht es im weitesten Sinne um die Förderung von Bildungsaustausch und Mobilität in ganz Europas, nicht nur grenzübergreifend wie am Oberrhein.

Die Schweiz macht nicht mit

Die Schweiz macht bei dem Förderprogramm nicht mit. In einem Brief an Bundesrat Ignazio Cassis verwies die Regio Basiliensis letzte Woche auf die möglichen negativen Konsequenzen. «Die Schweizer Universitäten laufen hier somit Gefahr, von den aktuellen europäischen Entwicklungen abgehängt zu werden. Zudem werden voraussichtlich weitere zukünftige europäische Entwicklungen in den Bereichen der Bildung, Lehre und Forschung in Abhängigkeit zur Beteiligung an Erasmus+ stehen.» Auch die Mitwirkung der Schweizer Bildungs- und Forschungseinrichtungen an zukünftigen europäischen Projekten und Massnahmen stehe auf dem Spiel.

Mittelfristig bedeutet das, dass die Uni Basel nicht mehr an EU-Forschungsgelder kommen könnte. Auf etwaige Probleme für den European Campus hatte im April schon Serge Neunlist auf der Generalversammlung der Regio Basiliensis hingewiesen. Neunlist ist Vize-Präsident der Université de Haute Alsace und von Eucor.

Zur bz sagt Neunlist: «Derzeit werden die Spielregeln für die Europäischen Universitäten definiert. Brüssel gibt ausserdem zu verstehen, dass die osteuropäischen Länder integriert werden sollten.» Neunlist glaubt zwar nicht, dass in Zukunft alle EU-Forschungsgelder über die Europäischen Universitäten verteilt werden, aber warnt: «Man muss aufpassen.» Wichtig ist ihm, dass die Bedeutung von Eucor bestehen bleibt. «Es wäre legitim, dass Eucor zu einer Pilot-Universität für Europa wird.»

Thomas Grob, Vize-Rektor der Uni Basel, verweist darauf, dass es derzeit noch keine verlässlichen Informationen gebe, welche Rolle die Uni Basel im Konzept Europäische Universitäten spielen wird. «Auch die Konsequenzen, falls der European Campus eine osteuropäische Universität dazu nehmen müsste, stehen in den Sternen.» Wenn die Schweiz als Nicht-Mitglied der EU ausgeschlossen werde, sei das aber ein Problem.

Direktor bleibt gelassen

Janosch Nieden, Direktor vom European Campus, sieht die Entwicklung gelassen. «Wir erfüllen nach europäischer Rechtsauffassung das Dreistaatenprinzip», argumentiert er. Die Universitäten am Oberrhein seien bereits eine europäische Rechtsperson.

Die Uni Basel profitiert vom European Campus insbesondere bei strategischen Bereichen wie der Quantentechnologie und der «Personalized Health Care». Laufende Projekte sind laut Nieden nicht gefährdet.

Bei den Abklärungen in Brüssel gehe es um die Kriterien für ein Förderprogramm, durch das Europäische Universitäten als Pilotprojekte finanziert werden. Es handelt sich zwar laut Neunlist nur um drei bis fünf Millionen Euro pro Universität, aber auch die müssen gefunden werden. So läuft die Interreg-Finanzierung von Eucor 2019 aus.

Die Chancen, dass die Schweiz wieder in das Programm Erasmus einsteigt, scheinen gering. In den Verhandlungen mit der EU dürfte der Bundesrat derzeit andere Prioritäten haben. Dazu kommt, dass die Nutzung der Erasmus-Gelder in der Vergangenheit von mehreren Medien massiv kritisiert worden war.